M 1302 B

21 AMTSBLATT

DER ERZDIÖZESE FREIBURG

Freiburg im Breisgau, den 3. Juli 1990

Botschaft Papst Johannes Paul II. zum 90. Deutschen Katholikentag in Berlin. — "Für eine gemeinsame Zukunft". Gemeinsame Erklärung der Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, der Berliner Bischofskonferenz, des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Nr. 113

Botschaft von Papst Johannes Paul II. zum 90. Deutschen Katholikentag in Berlin

Liebe Mitbrüder im Bischofsamt! Liebe Schwestern und Brüder!

Zur Eröffnungsfeier des 90. Katholikentages in Berlin gilt Dir, lieber Bruder Georg Sterzinsky, als dem Oberhirten der gastgebenden Diözese Berlin mein herzlicher Gruß. Ebenso gilt mein aufrichtiger Gruß Deinen Mitbrüdern im Bischofsamt und Euch allen, Schwestern und Brüder, vor allem den zahlreichen jungen Menschen, die Ihr in der Gemeinschaft des Glaubens aus allen Teilen Deutschlands und den benachbarten Ländern zu diesem Katholikentag gekommen seid. Besonders grüße ich alle Berlinerinnen und Berliner; betrachtet es als besonderes Geschenk Gottes, daß der erste Katholikentag nach der Öffnung der Mauer und nach den großen politischen Umwälzungen in Eurem Land in der Stadt Berlin stattfinden kann. Gerne nehme ich an Eurer Freude teil.

Es ist nicht ohne Bedeutung, daß am Ende des letzten Deutschen Katholikentages in Aachen Euer damaliger Berliner Bischof, Joachim Kardinal Meisner, die Einladung zum nächsten Treffen dieser Art nach Berlin ausgesprochen hat. Seitdem haben Entwicklungen von historischer Tragweite stattgefunden, wie wir sie damals in diesem Ausmaß und für diesen Zeitpunkt nicht erahnen konnten. Sie haben diese Stadt in die Mitte der Aufmerksamkeit der ganzen Welt gerückt. Eure Stadt Berlin ist erneut ein Symbol der Hoffnung geworden.

Der Fall von Mauern sowie der Sturz gefährlicher Götzenbilder und einer unfrei machenden Ideologie haben gezeigt, daß grundlegende Freiheiten, die dem menschlichen Leben Sinn verleihen, auf Dauer nicht unterdrückt oder gar erstickt werden können. Die Freiheit des Denkens, des Gewissens und der Religion gehören zu den unveräußerlichen Grundrechten menschlicher Existenz, und sie sind eine wesentliche Voraussetzung, um das "gemeinsame Haus" Europa

zu bauen, das – in Rückbesinnung auf christliche Traditionen – entscheidend wieder ein "Europa des Geistes" werden muß.

Trotz aller Komplexität im sozialen, kulturellen und ökonomischen Bereich können auf Dauer kein Staat und keine Gesellschaft auf ein transzendentes moralisches Fundament verzichten. Dies gilt für westliche wie für östliche Gesellschaften: weder der dialektische noch der praktische Materialismus können für den Menschen heute Grundlage der Hoffnung sein.

Worauf also sollen wir unsere Hoffnung bauen? Der letzte Berliner Katholikentag vor zehn Jahren stand unter dem Motto "Christi Liebe ist stärker". Die Liebe, die Christus auf die Erde gebracht hat, ist unsere Hoffnung. Dieser Hoffnung können wir nur zum Durchbruch verhelfen, wenn wir versuchen, dem Willen Gottes in Gegenwart und Zukunft je neu gerecht zu werden. Theologie und Verkündigung dürfen sich nicht nach dem Wind von Modeerscheinungen richten, sondern müssen sich ihrer missionarischen Aufgabe sicher sein. Die Laien müssen erneut in Glaubensfragen und im daraus sich ergebenden ethischen Lebensvollzug Zeugnis ablegen, das auf einer zutiefst geistlichen Dimension beruht, das im Getümmel von geistigen Irrungen und Verwirrungen für das persönliche und gesellschaftliche Leben eine Verankerung des Denkens und Verhaltens aus dem christlichen Glauben heraus ermöglicht.

Die Mitgliedschaft in katholischen Verbänden und Organisationen allein reicht nicht; das Kriterium kann nicht gesellschaftliches Engagement und gesellschaftliche Nützlichkeit sein. Unsere persönliche Glaubensbereitschaft ist gefragt; und sie kann nur geweckt werden aus einem zutiefst spirituellen Leben. Laßt Euch nicht vereinnahmen von rein gesellschaftlichen und politischen Interessen! Sucht aus Eurer Verantwortung als Christen heraus zuerst die Auseinandersetzung mit Verhaltensweisen und Mentalitäten, die es zu korrigieren gilt, und in zweiter Linie erst mit Strukturen!

Dann hat das Motto dieses Katholikentags "Dein Wille geschehe wie im Himmel so auf Erden" seinen Sinn für unser Leben als einzelne und als Gesellschaft. Räumen wir dem Willen Gottes Macht und Recht auf dieser Erde ein! Nur wenn dieser Wille Gottes zum Wegweiser unseres Denkens und Wirkens auf dieser Erde wird, werden wir nicht dem trügerischen Schein verfallen, sondern der Wahrheit dienen, werden nicht zerstören, sondern aufbauen, nicht uns im Kreis bewegen, sondern zum wahren Fortschritt beitragen. "Dein Wille geschehe wie im Himmel so auf Erden", das heißt, daß wir uns als Mitarbeiter für das Reich Gottes in Dienst nehmen lassen. Dann können wir als Christen unsere Verantwortung für die Zukunft wahrnehmen und in Ehrfurcht vor allem, was Gott geschaffen hat, mit den Gütern dieser Welt umgehen.

Die Zukunft Europas muß uns allen ein Herzensanliegen sein. Nur ein Europa, das um seine geistigen Wurzeln weiß, kann zusammenfinden und sich noch stärker den Problemen der Dritten und Vierten Welt widmen. Als Kirche müssen wir wieder die Kraft und den Elan finden, um Kultur, Erziehung und das soziale Umfeld zu durchdringen. Kirche will sich nicht in die Politik einmischen, aber sie muß die Werte zur Geltung bringen, die ein Volk braucht, um die Zukunft bauen zu können. Als Kirche müssen wir es verhindern, daß der Mensch nach der Überwindung marxistischer Entfremdung sich im Konsumismus und Materialismus verliert.

Der geistige Wieder- und Neuaufbau Europas muß uns alle interessieren. Und die Kirchen in den einzelnen Ländern müssen sich hierfür gegenseitig helfen. Deswegen ist mir die Sondersynode der europäischen Bischöfe ein großes Anliegen; und ich fordere jetzt schon besonders auch die Laien auf, ihren Beitrag dieser gewaltigen Aufgabe nicht zu versagen, sondern ihre Verantwortung aus einem wirklich personalen Glauben heraus wahrzunehmen. Wir alle dürfen die uns gegebene Chance nicht verspielen.

Ihr seid in Berlin zusammengekommen. Versucht in diesen Tagen, modellhaft jene Gemeinschaft zu sein, die auf Werten und Grundsätzen basiert, die Eure Zukunft wahrhaft zu tragen und Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit wahrhaft zu schaffen vermögen.

Dazu mögen Euer Gebet, Eure Gottesdienste, Eure Arbeit, Euer Zeugnis und Eure Gespräche einen Beitrag leisten. In diesen Tagen weiß ich mich mit Euch allen, mit den Katholiken in ganz Deutschland sowie mit allen Christen in Ost und West vereint im Gebet um die erneute Herabkunft des Heiligen Geistes. Daß wir mit seiner Hilfe den Willen des Vaters, der wie im Himmel so auf Erden waltet, erkennen und tun, erteile ich Euch allen von Herzen meinen Apostolischen Segen.

Aus dem Vatikan, am 23. Mai 1990

Papst Johannes Paul II.

Nr. 114

"Für eine gemeinsame Zukunft"
Gemeinsame Erklärung der Vorsitzenden
der Deutschen Bischofskonferenz,
der Berliner Bischofskonferenz,
des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und
des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR

Liebe Schwestern und Brüder, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

In diesen wichtigen und schwierigen Tagen des Übergangs zu einer neuen gemeinsamen Ordnung der Deutschen möchten wir uns an Sie alle wenden.

So, wie das in vielen Begegnungen der Menschen von "hüben" und "drüben" auch sonst geschieht, haben wir als katholische und evangelische Bischöfe im Gespräch miteinander versucht, unsere Erfahrungen über die Situation in beiden Teilen Deutschlands auszutauschen. Dies ist nicht einfach. Lebensgeschichten und Erfahrungshorizonte sind spürbar verschieden.

Vielleicht können Ihnen unsere Überlegungen eine Hilfe zur eigenen Orientierung sein. Denn wir müssen uns darauf einstellen, daß wir in den kommenden Monaten erneut und auf schmerzliche Weise die Folgen aus der Geschichte unseres Volkes in den vergangenen Jahrzehnten zu spüren bekommen. Darum wollen wir uns bewußt einander zuwenden, wie es die Heilige Schrift ohnehin den Christen nahelegt: "Laßt uns aufeinander achten und uns zur Liebe und zu guten Taten anspornen." (Hebräer 10,24).

I.

Wir alle sind Zeugen und mehr oder weniger Mitbetroffene eines tiefgreifenden politischen Wandlungsprozesses in einer Intensität und einer Schnelligkeit, wie Menschen ihn wohl nur selten erleben. Die Nachkriegszeit mit der Zweiteilung Deutschlands und Europas sowie der bedrohlichen Konfrontation geht – wir wir zuversichtlich hoffen – ihrem Ende entgegen. Wir sagen aus ganzem Herzen: Gott sei Dank!

Im Augenblick aber scheinen Unsicherheiten und Sorgen die erste Freude und die Dankbarkeit fast zu erdrücken. Der Übergang zu neuer menschlicher und staatlicher Gemeinsamkeit ist schwierig. Dies darf man offen und gelassen aussprechen. Wir sollten uns keinen Illusionen hingeben. Wir brauchen uns aber auch nicht von Ängsten lähmen zu lassen, sondern wir haben Grund, zuversichtlich in die Zukunft zu blicken. Gott hat uns vor große Aufgaben gestellt.

Es ist ratsam, den zurückgelegten Weg aus einigem Abstand wenigstens kurz zu bedenken. Wo kommen wir her?

Vergessen wir nicht: Als Folge der nationalsozialistischen Diktatur und des von Deutschland verantwortungslos entfesselten Zweiten Weltkrieges sowie des stalinistischen Herrschaftsstrebens wurden unser Land und Europa geteilt. Was von der Geschichte her zusammengehörte, wurde gewaltsam getrennt. Den Menschen in der DDR wurden eine undemokratische Verfassung, ein ideologisiertes Bildungswesen und ein entmündigendes Wirtschaftssystem aufgezwungen. Es ist keine Frage: Ohne daß die Deutschen in der DDR größere Schuld an dem Geschehenen auf sich geladen hätten, mußten sie die größere Last der Kriegsfolgen, mußten sie das härtere Los tragen. Viele Menschen haben unter schwierigen Bedingungen durchgehalten und in ihrem Lebensbereich Beachtliches geleistet.

Die Kirchen haben die Überwindung der Teilung als Frucht der Wahrheit, der Gerechtigkeit und des Friedens in Freiheit erhofft und erbetet. Zusammen mit vielen Menschen guten Willens haben die Christen auch die Aussöhnung mit den Nachbarvölkern gesucht. So gut es ging, haben unsere Kirchen je auf ihre Weise ein hohes Maß an Gemeinsamkeit über die Grenze hinweg bewahrt. Die am 13. August 1961 errichtete Mauer verschärfte die Trennung und zerstörte viele Hoffnungen. Aber die Zahl der Menschen, die sich in der DDR und in den osteuropäischen Staaten gegen Unwahrhaftigkeit, Entmündigung und Bedrückung zur Wehr setzten, nahm zu. Bestärkt durch das beständige Eintreten vieler Christen und Kirchenführer für Freiheit und Menschenwürde erstarkte die Demokratiebewegung in Polen und anderen Ländern Osteuropas, ermutigt und ermöglicht auch durch eine neue Politik in der UdSSR. Schneller, als man zu hoffen wagte, brach das SED-System in der DDR zusammen.

Eine neue, gemeinsame Aufgabe liegt vor uns in Europa und in Deutschland. Sie ist nicht über Nacht zu lösen, sondern erfordert einen langen Atem. Für uns Deutsche hängt viel davon ab, daß wir uns der Last der Vergangenheit bewußt bleiben, daß wir nicht überheblich werden und daß wir vor allem auch die Lasten untereinander teilen. "Gerechtigkeit erhöht ein Volk, der Völker Schmach ist die Sünde." (Sprüche 14,34).

III.

Mit dem Abschluß des Staatsvertrages wird die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion Wirklichkeit. Der damit begonnene Weg ist nicht frei von Gefährdungen und Risiken. Es ist eine beispiellose Herausforderung für alle. Unsere Situation ist ähnlich einer notwendig gewordenen Operation: Sie birgt Risiken und wird den ganzen Körper in Mitleidenschaft ziehen – und ist doch oft der einzig verantwortbare Weg zur Gesundung.

Es wird in diesem Zusammenhang verständlich, wenn vor allem in der DDR viele Menschen Sorgen und Fragen haben: Werde ich meinen Arbeitsplatz verlieren? Was wird aus mir und meiner Familie? Wie werden die Schuldigen zur Verantwortung gezogen? Werden die ungerecht Verurteilten rehabilitiert? Wie kann es Versöhnung geben? Werden die Fragen des Eigentums – von Wohnraum oder Grund und Boden – einer gerechten Regelung zugeführt werden? Oder werden wir erneut auf die Verliererseite geraten?

Veränderungen solchen Ausmaßes führen auch zu Verwerfungen der gesellschaftlichen Landschaft. Wo sich unsoziale Härten zeigen, müssen sie benannt, muß Abhilfe geschaffen werden. Darin hat sich eine demokratische Ordnung zu bewähren. Viele Menschen sind auch zu dieser Hilfe bereit. Wir sehen es gerade in dieser Zeit als eine wichtige Aufgabe der Kirchen und der Christen an, Fürsprecher und Anwalt der Armen und Schwächeren zu bleiben, die es auch in einer demokratischen Ordnung gibt. Es sind dies ältere Menschen zumal mit kleiner Rente, Wohnsitzlose, kinderreiche Familien, alleinerziehende Mütter und Väter, Arbeitslose, Ausländer, die ungeborenen Kinder, die Behinderten und auch die Kranken.

Unbedacht ist das Gerede, der finanzielle Einsatz für die Menschen in der DDR sei zu hoch. Wer vierzig Jahre das leichtere Los hatte und unter günstigen Bedingungen – gewiß mit großem Fleiß und Engagement – seine Fähigkeiten einsetzen und entwickeln konnte, darf sich nicht der Mitwirkung bei einem Ausgleich verschließen zu Gunsten derer, die an den Lasten aus deutscher Schuld, einem verlorenen Krieg und stalinistischer Gewaltherrschaft ungleich schwerer tragen mußten. Teilung kann nur durch Teilen überwunden werden. Wenn dies nicht überzeugend gelingt, haben wir es schwer, zu neuer Gemeinschaft zusammenzuwachsen.

Bei allem Verständnis für diese Sorgen möchten wir uns aber zugleich auch gegen Resignation in der DDR wenden. Gegen alle Unsicherheit und auch manche bewußte Schwarzmalerei möchten wir ein Wort der Ermutigung sagen: Für ein Gemeinwesen, das die Anerkennung der Würde jedes einzelnen Menschen und seiner grundlegenden Menschenwürde zu Eckpfeilern macht und das sich dem Frieden in Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit verpflichtet weiß, lohnt sich der Einsatz aller zur Verfügung stehenden Kräfte. Darum sollten wir auch versuchen, vor den ohne Zweifel aufkommenden Problemen nicht zu resignieren, sondern uns ihnen mit engagiertem Handeln, Phantasie und Zuversicht zu stellen. Manche sind unvermeidliche Übergangsund Anpassungserscheinungen. Manche werden nur durch gemeinsame Anstrengungen in beiden Teilen Deutschlands zu bewältigen sein.

Kleinliches Denken und Handeln dürfen nicht die Chance dieser geschichtlichen Stunde zunichte machen. Es geht um die Zukunft nicht nur unseres Landes, sondern um die friedPostvertriebsstück Gebühr bezahlt

Amtsblatt der Erzdiözese Freiburg

Nr. 21 · 3. Juli 1990 M 1302 B

Herausgeber: Erzbischöfliches Ordinariat, 7800 Freiburg im Breisgau, Herrenstraße 35, Fernruf (0761) 2188-1. Verlag: Druckerei Rebholz GmbH, 7800 Freiburg im Breisgau, Tennenbacher Straße 9, Telefon (0761) 26494. Bezugspreis jährlich 55,- DM einschließlich Postzustellgebühr. Erscheinungsweise: Etwa 35 Ausgaben jährlich.

Bei Adreßfehlern bitte berichtigten Aufkleber an uns zurücksenden. Nr. 21 · 3. Juli 1990

liche Zukunft Europas. "Denkt daran: Wer kärglich sät, wird auch kärglich ernten; wer reichlich sät, wird reichlich ernten." (2 Korinther 9,6).

IV.

Es ist nicht verwunderlich, wenn wir Deutschen seit Monaten stärker mit uns selber beschäftigt sind. Die Mahnung freilich ist berechtigt: das Gespür für die richtigen Proportionen zu behalten und den Blick für größere, wenn auch weiter von uns entfernte Probleme nicht zu verlieren. Dabei ist es ein Unterschied, ob ein zur Ruhe gekommenes einiges Deutschland in der Mitte Europas sich den weltweiten Problemen zuwendet oder ob ein gespaltenes Deutschland, seiner selbst nicht ausreichend gewiß, andere mit seiner Unsicherheit und Unruhe überzieht. Auch in dieser Hinsicht können die jüngsten Entwicklungen bei uns allen Völkern zugute kommen.

Überholtes nationalstaatliches Denken kann nicht unsere Sache sein. Das geeinte Deutschland muß seinen Platz in Europa finden. Von Deutschland müßsen jetzt kräftige Impulse zur europäischen Zusammenarbeit ausgehen, die gleichzeitig die Mitte und den Osten Europas, jahrzehntelang eher im Schatten, stärker in unser Blickfeld rücken. Eine die Interessen der Nachbarn berücksichtigende deutsche Einigung wird für das größere Europa kein Hindernis sein; im Gegenteil, sie fördert und beschleunigt diese Entwicklung. Schwächen dürfen nicht ausgenutzt werden.

Doch auch die Offenheit für Europa ist nicht genug. Die Kirchen erfahren täglich durch ihre Verbindungen in alle Welt von den bedrückenden wirtschaftlichen Nöten, den politischen Problemen und der Verletzung elementarer Menschenrechte in vielen Ländern der Erde. Wenn die neue Einheit der Deutschen nicht auch verstärkte Kräfte mobilisiert zur Bekämpfung von Hunger und Armut und zum Einsatz für weltweite Gerechtigkeit, besteht sie ihre Bewährungsprobe nicht. Daher darf eine auch nur zeitweilige Verringerung staatlicher und kirchlicher Mittel zum Nachteil der Entwicklungshilfe nicht in Erwägung gezogen werden.

V.

In diesen Wochen sind in Ost und West fast ausschließlich wirtschaftliche Fragen diskutiert worden. Diese haben im Blick auf ein künftiges menschenwürdiges Leben, aber auch im Blick auf einen gerechten sozialen Ausgleich, große Bedeutung. Die wirtschaftlichen Probleme sind jedoch nicht alles. Ihre Lösung allein kann dem Leben noch keinen tragfähigen letzten Sinn geben. "Der Mensch lebt nicht nur von Brot, sondern von jedem Wort, das aus Gottes Mund kommt." (Matthäus 4,4). Diese biblische Erkenntnis und Mahnung darf nicht verdeckt werden, gerade angesichts eines großen Sinnvakuums und tiefer menschlicher Verletzungen, die nicht einfach von selbst heilen.

Das vereinigte Deutschland und das gemeinsame Europa sind angewiesen auf starke Kräfte des Geistes und der Seele, des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe. Ohne eine neue Vitalität des christlichen Glaubens bauen wir Häuser, in denen die Menschen nicht wirklich atmen können und krank werden. Die Kirchen haben nicht zuletzt den Wandel der Verhältnisse in Mittel- und Osteuropa fördern können, weil in ihnen eine größere Hoffnung lebt. Gott, der uns Staunenswertes hat erleben lassen, wollen wir um den Beistand des Geistes und um seinen gedeihlichen Segen bitten auf dem Weg eines geeinten Deutschland in einem einigen Europa.

Wir grüßen Sie herzlich

Bischof Dr. Dr. Karl Lehmann Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

Bischof Georg Sterzinsky Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz

Bischof Dr. Martin Kruse

Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche
in Deutschland

Bischof Dr. Christoph Demke Vorsitzender der Konferenz der Kirchenleitungen des Bundes der Evangelischen Kirche in der DDR

Mainz, Berlin und Magdeburg, am 26. Juni 1990